



Kooperation der Fraktionen von CDU, UWD und FDP

in der Dieburger Stadtverordnetenversammlung

PRESSEMITTEILUNG

Dieburg, 27.07.2023

Die politischen Entscheidungsprozesse transparent halten und besser kanalisieren:

Kooperation aus CDU, UWD und FDP legt Wert auf klare Trennlinie zwischen themenbezogener Bürgerbeteiligung und parlamentarischer Beratung

Die Kooperation in der Dieburger Stadtverordnetenversammlung, bestehend aus den Fraktionen von CDU, UWD und FDP, setzt einen weiteren Impuls für mehr Transparenz und Effizienz in der lokalen Politikgestaltung. Zu Gunsten einer größeren Klarheit in den Entscheidungsprozessen ziehen sich ihre Abgeordnete aus informellen Beteiligungsformaten konsequent zurück, darunter der „Runde Tisch klimafreundliche Nahmobilität“.

Die Beweggründe für diesen Schritt erläutern die drei Fraktionsvorsitzenden der Kooperation, Renée Exner (CDU), Benjamin Koch (FDP) und Klaus Thomas (UWD), wie folgt:

„Im Nebeneinander von gewählten parlamentarischen Gremien einerseits und nicht repräsentativ besetzten Initiativen und Kreativforen andererseits braucht es eine klare Trennlinie, die für alle Bürger leicht nachvollziehbar ist.

Grundsätzlich gilt für uns: Jede konstruktive Form von Beteiligung an der politischen Willensbildung ist herzlich willkommen. Das kann sehr gerne durch Mitwirkung oder auch über rein punktuelle Anregung an unsere Fraktionen erfolgen. Es stehen dort alle Türen weit offen. Aber auch wer alternative Wege bevorzugt, um seine Ideen und Wünsche zu artikulieren, bereichert nach unserer festen Überzeugung den politischen Debattenraum. Spannende Beiträge können insbesondere im Rahmen von themenbezogenen Workshops oder ständigen Arbeitskreisen erarbeitet werden, in denen Bürger ihre Vorstellungen miteinander diskutieren und gemeinsam bündeln.

Gleichwohl handelt es sich bei allen Formen der Beteiligung nicht um entscheidungsbefugte Organe. Für die politische Beratung, Abwägung und Beschlussfindung gibt es die Stadtverordnetenversammlung mit ihren Ausschüssen. Diese Funktion kommt ihr exklusiv zu. Die Schaffung etwaiger Konkurrenzgremien wäre nicht nur unter demokratischen Gesichtspunkten hochproblematisch, sondern stünde auch im Widerspruch mit der Hessischen Gemeindeordnung.

Auf diese Differenzierung legen wir großen Wert, da dürfen keine Missverständnisse entstehen. Die parlamentarischen Gremien tagen im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Jeder Bürger kann zu den Sitzungen kommen. Jüngst haben wir das Parlaments-TV eingerichtet. Dessen große Resonanz zeigt, dass es gelungen ist die Bürgernähe in der Dieburger Lokalpolitik zu erhöhen. Mit Beginn der aktuellen Wahlperiode haben wir 2021 den Ausschuss für Klimaschutz und Mobilität geschaffen, um dort u.a. alle wesentlichen Themen ganzheitlich zu behandeln, mit denen sich der Runde Tisch klimafreundliche Nahmobilität befasst.

In den letzten Monaten haben wir immer wieder beobachtet, dass sich die Teilnahme von Stadtverordneten in diversen Formaten der Bürgerbeteiligung als wenig hilfreich erwiesen hat. Die Einladung war von den jeweiligen Moderatoren wohl stets gut gemeint, hat aber letztlich den Charakter der Veranstaltungen verschoben und mitunter zu Fehlinterpretationen geführt im Hinblick auf deren Verhältnis zum Stadtparlament. Deutlich produktiver ist es nach unserer Auffassung, wenn die Ergebnisse der informellen Formate künftig ohne Beteiligung der Stadtverordneten erzielt werden und anschließend, nach Bearbeitung von Magistrat und Verwaltung, im Stadtparlament mit seinen Ausschüssen beraten werden.“